

Landesarbeitsgemeinschaft der Frauennotrufe Rheinland Pfalz

Fachstellen zum Thema Sexualisierte Gewalt

c/o Frauennotruf Mainz Kaiserstr. 59-61, 55116 Mainz, Fon:
06131/221213

www.frauennotruf-mainz.de/frauennotrufe-in-rheinland-pfalz



Rheinland-Pfälzische Frauennotrufe lehnen die Einrichtung von „Ankerzentren“ in Deutschland ab und warnen vor Rückschritten im Gewaltschutz

Der Bundesinnenminister Seehofer wirbt weiterhin für die bundesweite Einrichtung der sog. Ankerzentren (s. u.a. Saarbrücker Zeitung und SR v. 29.10.2018).

Aus diesem Anlass wendet sich die Landesarbeitsgemeinschaft der Frauennotrufe in Rheinland-Pfalz entschieden gegen die Einrichtung von sog. Ankerzentren in Deutschland und auch gegen die geplanten Aufnahmezentren in Europa oder Ausschiffungsplattformen in Nordafrika. Die Mitarbeiterinnen der Frauennotrufe warnen vor Rückschritten im Gewaltschutz für geflüchtete Frauen.

Unter den geflüchteten Menschen sind viele Frauen und Mädchen, die zusätzlich zu Krieg, Terror und Verfolgung geschlechtsspezifische Gewalt erlebt haben. Frauen sind auf ihrer Flucht häufig Vergewaltigungen und anderen Formen sexualisierter Ausbeutung und Gewalt ausgesetzt. In Deutschland finden sich geflüchtete Frauen in Erstaufnahme- und später in Gemeinschaftsunterkünften wieder, wo sie weiterhin von geschlechtsspezifischer Gewalt bedroht und betroffen sein können.

Seit 2015 ist daher viel Arbeit und Energie in die Erarbeitung und Umsetzung von Gewaltschutzkonzepten geflossen. An vielen Orten ist die Umsetzung noch nicht vollständig abgeschlossen. Das ursprüngliche Ziel, eine Willkommenskultur zu schaffen ist inzwischen von einem anderen Sprach- und Handlungsgebrauch abgelöst. Jetzt sollen neue „Zentren“ entstehen, die statt von Willkommen von Rückführung gekennzeichnet sind.

In den neuen Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückführungszentren (Ankerzentren) sollen Geflüchtete weitgehend von der deutschen/europäischen Gesellschaft und der solidarischen Unterstützung abgeschnitten werden.

Alle nach Deutschland eingereisten Schutzsuchenden sollen dort untergebracht werden und sich je nach Bleibeperspektive bis zum Ende ihres Asylverfahrens aufhalten. Solche Massenunterkünfte, mit bis zu 1500 Menschen, sind kein menschenwürdiger Aufenthaltsort für geflüchtete Menschen. Insbesondere für geflüchtete Frauen sind sie unzumutbar und erhöhen für Frauen die Gefahr weiterer geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt zu sein. Die ohnehin schwere Lebenssituation von Frauen auf der Flucht verschärft sich damit weiter.

Die Einrichtung sog. Ankerzentren und anderer Lager in Europa und Nordafrika ist völlig unvereinbar mit dem Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (Istanbul-Konvention), das auch Deutschland unterschrieben und sich damit zu dessen Einhaltung verpflichtet hat.

Geflüchtete Frauen haben wie alle Frauen ein Recht auf Schutz vor Gewalt!

Sie haben ein Recht auf kompetente Beratung und Rechtsberatung, ausreichende medizinische und psychosoziale Versorgung, menschenwürdige Unterbringung (abschließbare Räume, Privatsphäre, die Möglichkeit von Geschlechtertrennung, sicheren sanitären Anlagen etc.) und das Recht an Teilhabe und Zugang zu Bildungs- und Unterstützungsangeboten.

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Frauennotrufe in Rheinland-Pfalz appelliert an die Bundes- und Landesregierung keine Ankerzentren einzurichten, der Errichtung anderer Lager in Europa und Nordafrika entgegenzuwirken und sich für eine menschenwürdige Unterbringung geflüchteter Menschen, sowie die Umsetzung der Gewaltschutzkonzepte für geflüchtete Frauen einzusetzen!

Für die LAG der Frauennotrufe:

Anette Diehl (FNR Mainz), Eva Jochmann (FNR Mainz), Gaby Krause (FNR Westerburg), Astrid Rund (FNR Rhein-Hunsrück-Kreis)